

Jeden Tag nach Hause.  
Willkommen an Bord.



There's no better way to fly.

**Lufthansa**

A STAR ALLIANCE MEMBER

# Argentinisches Tageblatt

Jeden Tag nach Hause.  
Willkommen an Bord.



There's no better way to fly.

**Lufthansa**

A STAR ALLIANCE MEMBER

Sonnabend, 7. Mai 2005

116. Jahrgang Nr. 31.509

## Stärkung von Mercosur

### Uruguayischer Präsident Vázquez traf sich mit Kirchner

Buenos Aires (AT/AG) - Präsident Néstor Kirchner empfing am Donnerstag im Regierungspalast Casa Rosada seinen uruguayischen Amtskollegen Tabaré Vázquez. Die Staatschefs der Nachbarländer behandelten während ihres Treffens in erster Linie die wirtschaftlichen, außenpolitischen und Finanzfragen. Zuvor hatte Vázquez an der Sitzung des Amerikanischen Handels- und Produktionsrates (Cycip) und der argentinisch-uruguayischen Handelskammer teilgenommen. Vor 500 Teilnehmern lud der uruguayische Präsident die argentinischen Unternehmer ein, in seinem Land zu investieren.

In der Pressekonferenz im An-

schluss an das Treffen mit Kirchner unterstrich Vázquez, dass seine Regierung das Bankgeheimnis nicht aufheben würde. Darüber gebe es keine Diskussion in seinem Land, sagte Vázquez. Nur durch richterlichen Beschluss könne diese Maßnahme außer Kraft gesetzt werden, die dazu diene, die Investoren zu schützen. Um die dauerhaften Schuldner ausfindig zu machen, die nicht willens sind, ihre Schulden zu begleichen, sprach sich Vázquez jedoch für die Lockerung dieser Maßnahme aus. Auch sein Wirtschaftsminister, Danilo Astori, hatte während der Unternehmerversitzung betont, man werde am Bankgeheimnis festhalten. An der

Sitzung nahmen unter anderem der uruguayische Außenminister, Reynaldo Gárgano, Vizepräsident Daniel Scioli, Kabinettsminister Alberto Fernández, Gouverneur der Provinz Buenos Aires, Felipe Solá, und Regierungschef der Stadt Buenos Aires, Aníbal Ibarra, teil.

Im Bezug auf die Einrichtung der Zellulosefabriken in der Stadt Fray Bentos, die am Fluss Uruguay liegt, kündigte Vázquez die Bildung einer gemeinsamen Kommission an, die die Auswirkungen der Fabriken auf die Umwelt „überprüfen“ und darauf achten soll, sie „möglichst gering zu halten“. Der Gouverneur der Provinz Entre Ríos hatte sich aus Um-

weltschutzgründen gegen die Einrichtung der Fabriken ausgesprochen.

Vázquez hob weiterhin die Wichtigkeit des MERCOSUR gegenüber der Südamerikanischen Gemeinschaft hervor, was im Einklang mit argentinischen Interessen steht. „Zuerst sollte MERCOSUR gestärkt werden, und dann kann man darüber nachdenken, sich der Welt zu öffnen“, sagte Vázquez während des Treffens mit Kirchner.

Kirchner seinerseits kündigte den Schuldenerlass in Höhe von 80 Mio. US-Dollar an, der dem staatlichen Erdölunternehmen Uruguays „Ancap“ zugute kommen soll.

## Strengere Kontrolle für Ein- und Ausreise

### Migrationsamt schafft Personenregister für Einwanderer, Straftäter und Reisende

Buenos Aires (AT/AG) - Nach dem Beschluss des Nationalen Migrationsamtes werden künftig drei neue Personenregister eingerichtet. Alle Ausländer, die eine Aufenthaltsgenehmigung in Argentinien beantragt haben, sollen in einem landesweit gültigen Register erfasst werden. Weiterhin wird ein Register für vorbestrafte Personen geschaffen, die das Land verlassen bzw. nach Argentinien einreisen wollen. Das dritte Register soll der Identifizierung aller Personen bei der Ein- und Ausreise dienen.

Die Schaffung der betreffenden Register ist Teil der neuen Migrationspolitik in Argentinien. Nach den Bestimmungen des Migrationsamtes vom Ende vergangenen Monats sollen die Kontrollmaßnahmen für die Ein- und Ausreise überprüft will dabei die ak-

tuellen Wanderströmungen in der Welt beachten und sich nach internationalen Migrationsregelungen richten.

Eine besondere Rolle spielen dabei die Fragen der nationalen und internationalen Sicherheit. Das Migrationsamt stellt sich zum Ziel, effektivere Mittel zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität zu finden, vor allem im Bezug auf Menschenhandel, Schmuggel und Rauschmittel. Dazu ordnete bereits das Dekret vom 14. Januar an, ein umfangreiches Festnahmesystem zu schaffen, mit dem die kriminelle Tätigkeit unterbunden werden soll.

In das Einwandererregister werden Daten von jeder Person aufgenommen, die eine Aufenthaltserlaubnis für Argentinien beantragt. Unabhängig davon, ob

die Aufenthaltserlaubnis erteilt wird oder nicht, wird das Migrationsamt die Daten über den Wohnort, Aufenthaltsbeginn, die letzte Einreise sowie über die bereits im Land lebenden Familienangehörigen und den Lebenspartner festhalten. Die Daten werden je nach der Art der Aufenthaltserlaubnis für von zehn bis hundert Jahre gespeichert und bei Bedarf dem Geheimdienst zur Verfügung gestellt. Jede Änderung muss dem Migrationsamt gemeldet werden.

Eine Sonderabteilung des Registers ist für die im Ausland geborenen Kinder der argentinischen Staatsbürger bestimmt, die nach dem hiesigen Recht den Status einer Person mit unbefristeter Aufenthaltserlaubnis haben.

Das zweite Register betrifft Personen, deren Ausreise oder

Wiedereinreise durch richterliche oder administrative Beschlüsse verhindert bzw. eingeschränkt werden soll. Das sind in erster Linie die Verhafteten, die Ausgewiesenen und die Vorbestraften. Neben den persönlichen Daten werden in das Register die Angaben über den Zuständigkeitsbezirk, das Gericht und das Verfahren aufgenommen und ständig aktualisiert.

Für zehn Jahre sollen auch die Daten über jede Ein- und Ausreise von Argentinern oder Ausländern gespeichert werden, unabhängig davon, ob sie erlaubt oder verweigert worden ist. Das betreffende Register wird neben den persönlichen Daten, einer Fotografie und den Fingerabdrücken die Angaben über das Visum, die Art und Dauer des Aufenthalts und die Grenzstelle enthalten.

# Rechte der Häftlinge

## Provinz von Buenos Aires wird ihre Gesetze ändern müssen

Buenos Aires (AT/AG) - Die Regierung der Provinz Buenos Aires wird ihre Gesetze, die die Verhaftung und Haftentlassung regeln, überprüfen und ändern müssen. Der Oberste Gerichtshof entschied am Dienstag, die Strafgesetzgebung der Provinz, die die strengste in ganz Argentinien ist, müsse an die internationalen Standards angepasst werden.

An der ersten Stelle stehe dabei die Beachtung der Menschenrechte der festgenommenen Personen, weshalb der Überbelegung der Strafanstalten dringend Abhilfe geschaffen werden soll. Außerdem hat der Oberste Gerichtshof angeordnet, dass im Laufe von 60 Tagen alle Minderjährigen und kranken Personen aus den Polizeikommissariaten freigelassen werden. Provinzgouverneur Felipe Solá wird monatlich vor dem Gericht über die durchgeführten Maßnahmen Rechenschaft ablegen müssen. Weiterhin wird auf den Dialog zwischen der Provinzregierung, dem nationalen Justizministerium und den regierungsunabhängigen Organisationen geachtet werden.

Der Oberste Gerichtshof fällt das Urteil mit der Mehrheit der Stimmen. Die neuernannte Richterin Carmen Argibay, die vor ihrem Amtsantritt am Internationalen Gerichtshof in Den Haag tätig war, stimmte dagegen und schlug vor, die in der Regierungszeit von Ex-Gouverneur Carlos Ruckauf verabschiedeten Gesetze gegen die Kriminalität für verfassungswidrig zu erklären. Das Außerkraftsetzen dieser Gesetze würde bewir-

ken, dass Tausende von Häftlingen in der Provinz freigelassen würden.

Ruckauf hatte nach seinem Amtsantritt 1999 zahlreiche Veränderungen der geltenden Strafprozessordnung vorgenommen, die zum Ziel hatten, die Haftentlassung in der Provinz strenger zu handhaben. Ein plötzlicher Anstieg der Häftlingszahl war die Folge. Wie das Justizministerium der Provinz mitteilte, 75 Prozent aller Gefängnisinsassen seien Personen, über die das Strafurteil noch nicht gefällt wurde.

Das Zentrum für Sozialstudien (CELS) unter der Leitung von Horacio Verbisky hatte 2001 eine Habeaskorpusklage ausgearbeitet, die sowohl vom Obersten Gericht der Provinz, als auch vom Kassationsgericht der Provinz zurückgewiesen wurde. Die Klage bezog sich auf die besorgniserregende Überbelegung der Strafanstalten, die menschenunwürdige Behandlung der Häftlinge und die risikoreichen Bedingungen, unter denen über 6000 Personen, darunter etwa 200 Minderjährige, in den Polizeikommissariaten der Provinz festgehalten werden.

Bei seiner Entscheidung bemühte sich der Oberste Gerichtshof darum, in die internen Angelegenheiten der Provinz nicht einzugreifen und lediglich auf die Rechte der Häftlinge, die durch eine Reihe internationaler Bestimmungen geschützt werden, hinzuweisen. Der Justizminister der Provinz, Eduardo Di Rocco, erklärte, man arbeite bereits daran, für bestimmte Fälle alternative Unterbringungsmöglichkeiten zu schaffen.

# Reform der Arbeitslosenhilfe

Im Lauf seiner dreijährigen Amtsführung hat Wirtschaftsminister Roberto Lavagna einige Male angedeutet, dass die Arbeitslosenhilfe, genannt „Plan Familienvorstände“ („Plan Jefes y Jefas de Hogar“), in eine normale Subvention der Arbeitslosen wie in anderen Ländern umgewandelt werden sollte. Seine Anregungen fielen indessen keinesfalls auf fruchtbaren politischen Boden. Niemand in der Regierung oder in der Justizialistischen Partei, die die Regierung unterstützt, meldete sich zum Wort, um Lavagnas Reformvorschlag auszuarbeiten.

In der Vorwoche nahm der Wirtschaftsminister abermals zu diesem sozialpolitisch besonders heissen Thema Stellung. Während einer Audienz mit den Verbandesleitern der AEA („Asociación Empresaria Argentina“), an dem führende Unternehmer teilnehmen, empfahl er die Umwandlung der jetzigen Sozialhilfe in eine Arbeitslosensubvention. Präsident Kirchner sei angeblich auch dieser Ansicht, äusserte Lavagna.

Die Sozialhilfe zugunsten von Familienvorständen wurde bekanntlich Anfang 2002 auf Empfehlung von Kirchenfürsten und Politikern von Präsident Duhalde zur Linderung der Arbeitslosigkeit eingeführt, die damals im Tiefpunkt der Abwertungskrise weit über 20 Prozent der Erwerbsbevölkerung ausmachte. Allerdings handelt es sich bei der Bemessung der Arbeitslosigkeit nur um Hochrechnungen von mehreren tausend Umfragen, die zwei Mal im Jahr vom Statistischen Amt (Indec) durchgeführt werden.

In wenigen Monaten nach der Einführung des Plans für Familienvorstände organisierten kundige Politiker die Vergabe der Subventionen von 150 Pesos im Monat an Personen, die angaben, arbeitslose Väter oder Mütter von Haushalten zu sein. Die berüchtigten Piqueteros, die seither die Strassen und Brücken mit Kundgebungen verunsichern, schalteten sich neben Parteipolitikern und Bürgermeistern als Mittelsmänner für diese Sozialsubventionen ein, wobei auch Provisionen an sie selber abfielen. Seit Jahr und Tag fordern sie zudem die Verdoppelung der Subventionen auf 300 Pesos im Monat.

Am Höhepunkt der Sozialsubventionen für Familienvorstände ergarteten 2,5 Millionen Personen die 150 Pesos im Monat. Die Regierung verzichtete danach auf die Vergabe neuer Subventionen und drehte langsam den Spieß um. Wer eine bezahlte Arbeit gefunden hat, wurde von der Subvention gestrichen, wozu die Daten der Empfänger elektronisch zentralisiert werden mussten, damit sie mit den Einzahlungen der Sozialabgaben durch Arbeitgeber in der Sozialstelle Anses abgeglichen werden könnten, was auch sukzessive geschah. Zahllose Korruptionsfälle wurden dabei aufgedeckt. Viele Beamte bezogen ausser ihren Gehältern auch die Sozialhilfen. In mühseliger Arbeit konnten die Zahl der Empfänger dieser Sozialhilfe auf 1,55 Millionen Personen zurückgeschraubt werden, die den Staat immer noch annähernd 250 Millionen Pesos im Monat kosten. Die Piqueteros fordern pausenlos die Vergabe neuer

Sozialhilfen.

Sozialhilfeempfänger sind angehalten, kommunale Tätigkeiten zu verrichten, was freilich nahezu alle unterlassen. Hingegen meldeten sich landesweit Stimmen des Protestes, die darauf hinwiesen, dass diese Sozialhilfe die Arbeitskultur beeinträchtige. Für mehrere Ernten fehlten beispielsweise Arbeitskräfte, die sich weigerten, mühsame Erntearbeiten zu leisten, weil sie die Sozialhilfe empfangen und allenfalls mit Gelegenheitsarbeiten, schwarz, versteht sich, auskamen. Eigenes Gemüse im Garten mochte für die Nahrung sorgen. Die Provinz San Luis erteilt doppelt so hohe Sozialrenten, anstatt Investitionen zu finanzieren, und verschlimmert die Arbeitsknappheit.

In einer Wirtschaft, die nach der Krise seit drei Jahren kontinuierlich wächst und bereits den Höhepunkt der Wirtschaftsleistung von 1998 wieder erreicht hat, entsteht normalerweise eine Nachfrage nach Arbeitern. Gewisse Knappheitserscheinungen in einigen Branchen wurden bereits gemeldet.

Hier hakt Wirtschaftsminister Lavagna mit seinem Vorstoss ein. Die Arbeitslosen des Plans Familienvorstände sollten nach Lavagna künftig eine normale Subvention für Arbeitslose beziehen, allerdings befristet auf ein Jahr, und ausserdem für künftige Tätigkeiten ausgebildet werden. Das hört sich freilich sehr schön an, ist aber schwer durchzuführen, wenn man die Verwaltungsmühe hierfür im Auge behält. Die argentinische Staatsverwaltung ist denkbar unfähig, solche Programme zu organisieren, die landesweit Sozialhilfeempfänger zur Ausbildung heranziehen sollen.

Eine Subvention für Arbeitslose gibt es im Land seit Jahrzehnten, allerdings beschränkt auf Arbeitnehmer, die mit einem normalen Telegramm entlassen worden waren und deren Arbeitgeber sechs Monate vor der Entlassung die Sozialabgaben geleistet hatten. Mit diesen Einschränkungen qualifizieren nur etwa 200.000 Arbeitslose, vielfach auch weniger, für diese Subvention, die auf ein Jahr befristet ist, aber höhere Beträge bezahlt als die unbefristete Subvention für arbeitslose Familienvorstände. Die Subvention für Arbeitslose wird von der Sozialstelle Anses ohne Zwischenschaltung politischer Macher auf Einzelantrag erteilt, weshalb sie die Parteipolitiker und Piqueteros nicht interessiert, deren Dienste dabei nicht gefragt sind.

Eigentlich müssten sich auch der Minister für Arbeit, Carlos Tomada, sowie die Sozialministerin und Präsidentenschwester, Alicia Kirchner, für den Vorschlag Lavagnas interessieren, der alle drei Ministerialämter betrifft. Solange Präsident Kirchner hierüber schweigt und die drei Minister nicht anweist, die Reform in einen Gesetzesentwurf umzusetzen, dürfte es dabei bleiben, dass Lavagna als Einzelgänger im Kabinett die Nachteile der Sozialhilfen seiner Kollegen moniert, ohne dass etwas passiert. Schon gar nicht in einem Wahljahr wie 2005.

# WOCHENÜBERSICHT

## Nazi-Partei wählt nicht

Das nationale Wahlgericht hat der von Alejandro Biondini geführten Partei „Neuer Triumph“ die Beteiligung an den Wahlen untersagt. Demzufolge wird die Partei im kommenden Oktober wegen rassistischer und sexistischer Tätigkeit, verbunden mit nazistischer Symbolik, nicht zur Parlamentswahl antreten dürfen. Die Partei identifiziert sich mit dem Nazismus, benutze das Hakenkreuz als Parteisymbol und feiere den Geburtstag von Hitler, stellte das Gericht fest. Biondini und andere Parteimitglieder waren bereits 1995 bestraft worden. Auch jetzt entschied das Gericht, dass jegliche Art der Diskriminierung die Menschenrechte verletze.

## Wahltermine

Der Ablauf der Wahlvorbereitung steht fest. Am Donnerstag legte Präsident Néstor Kirchner per Dekret fest, dass alle Parteien, die an den Parlamentswahlen am 23. Oktober teilnehmen werden, ihre Kandidaten bis zum 8. Juli bekanntgeben müssen. Das ist davon unabhängig, ob die Partei eine in-

terne Wahl am 7. August durchführen will oder nicht. Dreißig Tage vor der eventuellen parteiinternen Wahl muss jede Partei ihre einzige bzw. alternative Wahlliste vorlegen. Damit entscheidet sich spätestens in zwei Monaten, ob die regierende Justizialistische Partei in der Provinz Buenos Aires einheitlich auftritt oder ob es zu einem Bruch zwischen den Anhängern Kirchners und denen von Ex-Präsident Eduardo Duhalde kommt.

## Reiseplanung nach Kuba

Die offizielle Reise von Präsident Néstor Kirchner nach Kuba nimmt Form an. Beide Regierungen verhandeln den Termin für das Ende dieses Monats oder die ersten Junitage, teilte die Regierung mit. Im Mittelpunkt des Besuchs, den Kirchner bereits seit seinem Amtsantritt im Blick hatte, würden die Fragen des Handels und des kulturellen Austauschs stehen. Geplant würden die Treffen mit den Ministern für Wirtschaft, Bildung, Gesundheit und Auslandsinvestitionen, außerdem würde sich Kirchner mit Unternehmern und argentinischen Studenten in

Kuba treffen.

## Verantwortung der Stadt

Auf Antrag des Dachverbands jüdischer Vereine (DAIA) wird die Regierung der Stadt Buenos Aires dafür zuständig sein, die antisemitischen Schmierereien in den Schulen zu entfernen. Das Stadtparlament erließ am Donnerstag die diesbezügliche Regelung. Den Anlass für die Verordnung haben die Hakenkreuzzeichnungen gegeben, die Anfang März in den öffentlichen Schulen Architekt Buschiazzo und Ernesto Padilla im Stadtteil Caballito erschienen sind.

## Mapuche-Sender

In Argentinien wird der erste Mapuche-Rundfunksender gestartet. Die nationale Minderheit in der Provinz Neuquén, deren Sprache, Mapuzungún, lange Zeit unterdrückt wurde, bekam vom Bundeskomitee für Rundfunkübertragung als die erste Indigena-Gemeinschaft die Lizenz für Ausstrahlung. In den nächsten Monaten beabsichtigt das Komitee, weitere acht Indigena-Sender in Neuquén und anderen Provinzen zuzulassen. Präsidenschaftssekretär Oscar Parrilli und Mediensekretär José Al-

bistur unterzeichneten mit der Mapuche-Gemeinschaft Linares mehrere Verträge über die Bildung, Gesundheit und Infrastruktur. Der Argentinische Verband der Gemeinschaftssender wird für Bildungskurse für die Gemeinde staatliche Unterstützung bekommen.

## Bücherstadt Rosario

Die Stadt Rosario will im Jahr 2007 Hauptstadt des Buches werden. Das erklärte Bildungsminister Daniel Filmus auf der 31. Internationalen Buchmesse in Buenos Aires am Montag. Rosario wird den Kampf um den von der UNESCO jährlich vergebenen Titel mit Bogotá, Amsterdam, Dublin und Wien aufnehmen. Miguel Lifschitz, Bürgermeister von Rosario, sieht nach dem Kongress der spanischen Sprache, der im vergangenen Jahr in Rosario stattgefunden hatte, gute Chancen dafür, Gewinner zu werden. „Diese Veranstaltung war ein großes Schaufenster, das das kulturelle Profil der Stadt und Argentiniens der Welt gezeigt hatte“, sagte Lifschitz. Die Stadt Buenos Aires hingegen bewarb sich bei der UNESCO um den Eintritt in das Netz der kreativen Städte für die kulturelle Vielfalt.

## Bildung für die Zukunft

Buenos Aires (AT/GA) - Im Rahmen der Bundeskampagne für die digitale Alphabetisierung überreichte Präsident Néstor Kirchner am Montag an 220 Schulen 20.400 Computer. Am festlichen Akt im nationalen Bildungsministerium nahmen Bildungsminister Daniel Filmus, Kabinettsminister Alberto Fernández, Arbeitsminister Carlos Tomada und Regierungschef der Stadt Buenos Aires Aníbal Ibarra teil, weiterhin über 500 Schüler und Lehrkräfte aus den Schulen der Hauptstadt und der Provinz. Die Streitkräfte, deren Chef General Roberto Bendini ebenfalls anwesend war, werden für die Zustellung der Computer in die entlegensten Winkel des Landes sorgen.

Die Computerisierungskampagne hatte im vergangenen Jahr begonnen. 1.200 Schulen hatten damals rund 10.200 Computer und 120.000 CDs mit Ausbildungsmaterial bekommen. Im kommenden Oktober sollen weitere 2.200 Schulen mit 20.000 Computern ausgerüstet werden, kündigte das Bildungsministerium an. Das Ziel der Regierung ist, bis zum Jahr 2007 alle Mittelschulen und 200 Lehrerbildungsinstitute mit Computerkabinetten auszustatten. Dafür würden insgesamt 100.000 Computer verteilt.

In seiner Ansprache betonte Kirchner die Wichtigkeit der Computerisierung breiter sozialer Schichten. „Es schien uns unmöglich, das zu erreichen, was wir erreicht haben“, sagte er und wies darauf hin, dass in den 90er Jahren die Schulen lediglich 5000 Computer bekommen hatten. Das Ziel dieses Jahres seien hingegen 40.000.

Es gebe kein vergleichbares Programm in ganz Lateinamerika, sagte Filmus. Gleichzeitig dürfen die allgemeinen Alphabetisierungsprobleme nicht außer Acht gelassen werden, unterstrich der Bildungsminister: „Wir müssen uns den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts stellen, ohne die Schulden des 19. Jahrhunderts zu vergessen.“ Die Kinder ohne Zugang zu neuen Technologien würden sich jedoch nicht in die Zukunftsgesellschaft eingliedern können. Das würde einer Verurteilung gleichkommen, auch weiter von staatlichen Sozialmaßnahmen zu abhängig zu sein, sagte Filmus.

## Randglossen

**Dem besonders forschen Steuereintreiber der Provinzregierung von Buenos Aires, Santiago Montoya, gelang das juristische Kunststück, dass ein Richter die Beschlagnahme privater Banksafes von überführten Steuerhinterziehern gut hiess. Die Safes dürfen geöffnet werden und das Geld oder die Wertschriften, sofern vorhanden, vom Steueramt vereinnahmt werden. Ein anderer Richter war freilich verschiedener Ansicht, weil Banksafes die Privatsphäre schütze, die zu achten sei. Ob Montoya mit geöffneten Banksafes viel ernten mag, sei dahin gestellt, aber seine emsige Propaganda zur Einschüchterung tausender Steuerhinterzieher macht sich längst bezahlt, wie die eindrucksvolle Zunahme der Eintreibungen der Immobilien- und Bruttoumsatzsteuer beweist. Sukzessive bringt Montoya den Steuerzahlern der Provinz Buenos Aires das Fürchten bei, wie es in anderen Ländern Usus ist.**

Von der breiten Öffentlichkeit kaum zur Kenntnis genommen, wurde dieser Tage der bisherige Innenminister Chiles, José Miguel Insulza, zum Generalsekretär der Organisation Amerikanischer Staaten (spanisches Kürzel OEA) gewählt. Nur die Delegierten Mexikos, deren Kandidat Aussenminister Ernesto Debez nach dreimaligem Wahlpatt mit Insulza ausschied, Perus und Boliviens, mit welchen Regierungen Chile im Streit ist, enthielten sich der Stimme. Insulza ist der erste Parteisozialist, der seit der OEA-Gründung 1948 das massgebende Amt ausüben wird. Ihn unterstützten unter anderen Argentinien und Brasilien, die dergestalt ihr politisches Gewicht in interamerikanischen Angelegenheiten durchsetzen, auch zum Nachsehen der US-Regierung, die anfänglich einen dritten Kandidaten aus Zentralamerika unterstützte, aber zuletzt den Wahlsieg von Insulza beherzigte. Die Organisation vermittelt gelegentlich in Grenzstreitigkeiten oder politischen Zwistigkeiten Lateinamerikas, ansonsten sie sich ihres bürokratischen Daseins erfreut.

## AUSFLÜGE UND REISEN

### Der Big Ben der Südhalbkugel

Mehr als zwei Jahrzehnte lang war es das unverwechselbare Wahrzeichen der Stadt. Als es weder einen Obelisken noch ein Kavanagh-Hochhaus gab, die beide seit Mitte der 1930er Jahre stehen, und als vom Fluss die relativ niedrigen Kirchtürme von Buenos Aires kaum zu erkennen waren, pflegte die Torre de los Ingleses das erste zu sein, was die ankommenden Immigranten oder aber die Heimkehrer an Bord der Cap Arkona oder den Monte-Schiffen vom Anlegeplatz in der Dársena Norte sahen.

Nicht zu Unrecht „Big Ben der Südhalbkugel“ genannt, war dieser 59 Meter hohe Backsteinturm im englischen Renaissance-Stil das sichtbarste Symbol dafür, dass Buenos Aires hoch hinaus wollte. Eigentlich sollte der Turm schon 1910, anlässlich der Hundert-Jahr-Feier der argentinischen Staatwerdung, errichtet werden, ähnlich wie damals Deutschland den Deutschen Brunnen und die Spanier das Monumento a los Españoles errichteten. Doch der Tod von Eduard VII. von Grossbritannien führte dazu, dass das Bauprojekt um sechs Jahre verzögert wurde. Vielleicht spielte 1910 auch die Furcht vor dem Halleyschen Kometen dabei eine Rolle. Heute verschwindet der rote Turm im Meer der verglasten Hochhäuser, die ihn flankieren.

Die Torre de los Ingleses hat eine wechselvolle Geschichte hinter sich. Zeitweise konnte man den Turm nicht besuchen: zum einen, weil er während des Malwinen-Krieges einem Attentat ausgesetzt war, zum anderen, weil, wie kürzlich, der elektrische Aufzug nicht funktionierte.

Jetzt ist der zwischen dem Retiro-Bahnhof und dem Sheraton-Hotel stehende Ziegelbau wieder zu besichtigen. Man gelangt mit dem Lift bis zum 6. Stock, wo man zwar nicht das Räderwerk der Uhr sieht,



Die Torre de los Ingleses.

wohl aber das (früher per Handkurbel, heute elektrisch betriebene) Zuggewicht sowie den langsam hin und her schwingenden Pendel: ein Trum von 100 Kilo Masse. Die 4.40 Meter grossen Zifferblätter sieht man von ganz nahe, ebenso die knapp zwei Meter langen Zeiger. Weiter oben in der Kuppel befinden sich die sieben Tonnen schwere Stunden-Glocke sowie vier weitere, „Viertelstunden-Glöcklein“.

Vom Balkon im 6. Stock hat man gleichzeitig einen schönen Ausblick auf die Plaza San Martín und den Hafen.

Die Torre de los Ingleses, von Architekt Ambrose Poynter zu einem Preis von 90.000 Pfund Sterling und mit weitgehend aus Großbritannien importierten Materialien errichtet, ist bei freiem Eintritt donnerstags bis sonntags von 12 bis 18 geöffnet. In den Zwischenstockwerken gibt es wechselnde Bilderausstellungen. Mehr über die Ausstellungen erfährt man per Telefon: 4311-0186.

### Tren Patagónico

Abends den Atlantik hinter sich lassen und am nächsten Mittag die schneebedeckten Anden erblicken. Das ist der Werbeslogan des nun das ganze Jahr hindurch zwischen Viedma und San Carlos de Bariloche zirkulierenden Tren Patagónico.

Der Zug verkehrt je zweimal wöchentlich in beide Richtungen: Abfahrt von Viedma aus montags und freitags um 18 Uhr, Abfahrt von San Carlos de Bariloche aus donnerstags und sonntags um 17 Uhr.

Der Ticketpreis hält sich - gemessen an der 825 Kilometer langen Strecke - in Grenzen: Pullman 70 Pesos, Schlafwagen 120 Pesos. Für Fahrgäste mit Autos gibt es auch Tieflader.

Marlú

## Großereignis Buchmesse

### Spritziger Auftritt von Schlink erlebte Riesenandrang

Buenos Aires (AT/AG) - Wie jedes Jahr bewies sich die 31. Internationale Buchmesse in den vergangenen zwei Wochen wieder als ein kulturelles Großereignis. Die traditionelle Wochenend-schlange, die fast 300 Meter maß, wand sich wieder bis zum Italia-Platz. Mit gemieteten Bussen reisten die Besucher aus Provinzen an, um sich nach Büchern umzuschauen, die ihre Region nicht erreichten, und von günstigeren Preisen zu profitieren.

Schon das erste Wochenende kündigte sich als ein noch nie erlebter Erfolg an. Die Ausstellung und Veranstaltungen hätten schätzungsweise 18 Prozent mehr Besucher angezogen als im vergangenen Jahr, fasste Carlos Pazos, Präsident der Stiftung „El Libro“, zusammen. Für das Expandieren der Buchmesse sprechen nicht nur ein zusätzlicher Veranstaltungssaal und die steigenden Zahlen der



Aussteller, die immer mehr Länder repräsentieren, sondern auch die Tatsache, dass etwa 50 Aussteller erstmals abgewiesen werden mussten. Und es gibt bereits eine Warteliste für das nächste Jahr.

Mit gewissen Rekorden wartete diesmal auch Deutschland auf. Zusammen mit Frankreich, Griechenland und Polen teilt Deutschland zum ersten Mal einen gemeinsamen EU-Stand, der der größte auf der Buchmesse ist. Ein

besonderes Ereignis ist jedoch nach vielen Jahren Abwesenheit der Auftritt eines deutschen Schriftstellers, organisiert vom Goethe-Institut und der deutschen Botschaft in Buenos Aires. Der mehrfach ausgezeichnete Erfolgsautor Bernhard Schlink trat am Mittwoch im Gespräch mit dem Herausgeber der Kulturbeilage der Tageszeitung „La Nación“, Hugo Beccacece, vor dem brechend vollen Saal auf. Nur die Hälfte der Interessierten fanden Platz im kleinen Lugones-Saal.

Voll war der Saal auch bei dem e4-Tag, dem gemeinsamen deutsch-französisch-griechisch-polnischen Tag am Dienstag vergangener Woche. Diese einmalige Kombination sollte eine symbolische Bedeutung tragen: mit Deutschland und Frankreich, den größten Ländern der EU, Griechenland, das der ganzen europäischen Kultur die Grundlage lie-

fert, und Polen, das für die Öffnung Europas steht. Die besondere Rolle des Buches beim kulturellen Austausch hob in seiner Ansprache der deutsche Botschafter, Rolf Schumacher, hervor. Abgerundet wurde der gemeinsame Abend dem diesjährigen Buchmessenmotto getreu mit der szenischen Vorstellung literarischer und dramatischer Texte. Unter Regie von Rubén Szuchmacher ver-

liehen die Schauspieler Ingrid Pelicori und Horacio Peña den so verschiedenen Texten von Roland Schimmelpfennig, Odiseas Elytis, Feliks Falk und Jean-Luc Lagarce einen besonderen Ausdruck.

(Buchmesse noch bis Montag auf dem Messegelände Rural, Av. Sarmito 2704, geöffnet. Sa 14-23 Uhr, So-Mo 14-22 Uhr. Weitere Information: [www.el-libro.com.ar](http://www.el-libro.com.ar))

## Der Roman „Verjagte Jugend“ von Alfredo Bauer

Der 80-jährige jüdisch-österreichische Kinderarzt und Gynäkologe Alfredo Bauer schildert in dem Roman „Verjagte Jugend“ die Flucht Ende der 1930er Jahre nach Argentinien aus Sicht seiner ersten Frau Ruth. Der Theodor-Kramer-Preisträger schreibt über den schwierigen Neuanfang österreichisch-jüdischer Emigranten und ihr Engagement in antifaschistischen Bewegungen. „Verjagte Jugend“ thematisiert familiäre Fluchtlingsgeschichten und gibt Einblicke in die „von der Politik verjagte Jugend, die unter größten Schwierigkeiten ihren Platz in der Welt gefunden hat“.



## ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

Der frei benannte Dollarkurs betrug Freitag nachmittags \$ 2,91. Die Terminkurse betragen zum 31.5. \$ 2,910, 30.6. \$ 2,920, 29.7. \$ 2,930, 31.8 \$ 2,935, 30.9. \$ 2,940 und 31.10 \$ 2,945.

\*\*\*

Der Mervalindex stieg in der Berichtswoche zum Donnerstag um 8,6% auf 1.438,09, der Burcapindex um 12,8% auf 3.519,56 und der Börsenindex um 7,7% auf 61.042,32.

\*\*\*

Der durchschnittliche Rindfleischpreis (kg Lebendgewicht in Liniers) stieg in der Berichtswoche um 2,1% auf \$ 2,217.

\*\*\*

Die Gold-, Devisen- und Anlagereserven der ZB betragen zum 2.5.05 US\$ 20,97 Mrd., der Banknotenumlauf \$ 36,98 Mrd. Eine Woche zuvor waren es US\$ 20,79 Mrd. bzw. \$ 35,98 Mrd., einen Monat zuvor US\$ 20,41 Mrd. bzw. \$ 36,60 Mrd. und ein Jahr zuvor US\$ 15,76 Mrd. bzw. \$ 29,30 Mrd.

\*\*\*

Der Deckungskoeffizient der De-

visenreserven in Pesos zum Tageskurs bezogen auf die monetäre Basis, betrug am 3.5.05 120,3%.

\*\*\*

Die Verhandlungen der Regierung (die über das Amt für Erneuerung der Konzessionsverträge für öffentliche Dienste, Uniren, geführt werden) mit dem Gasverteilungsunternehmen Gas Natural BAN, das ein Fünftel der Verbraucher des Landes bedient, kommen nicht voran. Die Regierung bietet eine Tarifierhöhung von 18% ab 1. August, bei privaten Wohnungen, die Firma fordert 36%, und ist nicht bereit, auf einen angebotenen Komprimiss von 20% einzugehen. Zum Zweiten besteht das Problem der Klage vor dem ICSID (auf spanisch CIADI). Die Regierung fordert eine Zurücknahme derselben. Der spanische Partner, Gas Ban, hat sich dazu bereit erklärt, doch der USA-Partner LG&E Energy nicht. Diese Firma fordert US\$ 268 Mio. Schadenersatz. Schliesslich verbleiben noch andere Differenzen, wobei die Firma die Anerkennung des Dollarkapitals fordert, statt des Peso-Kapitals, das in der Bilanz zum Ausdruck kommt.

\*\*\*

Die monatliche Erhebung des Statistischen Amtes (INDEC) über öffentliche Dienste ergibt für März eine interanuelle Zunahme von 24,8% und gegenüber Februar von 1,5%. Die grösste Zunahme gegenüber dem Vorjahr war die der Mobiltelefo-

ne, mit einer Zunahme der Apparate um 75,1% und der Gespräche um 83,9%. Beim normalen Telefondienst nahmen die lokalen Gespräche um 1,4% ab, während die Gespräche zwischen Städten um 13,7% stiegen. Insgesamt gibt es jetzt 13,11 Mio. Mobiltelefone und 8,77 Mio feste Anschlüsse. Der Kfz-Verkehr auf konzessionierten Strassen stieg um 10%, der Lkw-Frachtentransport um 4,9%. Die Frachten per Eisenbahn nahmen um 11,9% zu. Strom stieg um 2,9%, Gas nahm um 3,6% ab und der Passagiertransport der Eisenbahn stieg im städtischen Bereich um 0,1%, bei Fernzügen um 8,1%. Die Zahl der U-Bahn-Passagiere lag im März um 1,8% unter dem Vorjahr.

\*\*\*

Im 1. Quartal 05 lagen die Exporte von Baumwolle und Derivaten (vornehmlich Baumwollsaamen und -öl) mit 10.464 t und US\$ 5,6 Mio. mengenmässig um 56% und wertmässig um 60% über dem Vorjahr.

\*\*\*

Planungsminister Julio De Vido hat mit dem venezolanischen Minister Rafael Ramírez Lieferungen von 1,2 Mio. t Heizöl ab Mai verpflichtet. Das Planungsministerium meint, mit dieser Lieferung, die zu den 500.000 t hinzukommt, die CAMMESA ausgeschrieben hat, plus dem direkten Import der Betreiber der Wärmekraftwerke, sei die Versorgung gesichert.

\*\*\*

Telecom Argentina beabsichtigt dieses Jahr in Argentinien US\$ 160 Mio. zu investieren, das Dreifache von 04. Letztes Jahr hat das Unternehmen eine aussergerichtliche Einigung mit 94% der Gläubiger erreicht, um US\$ 3,2 Mrd. umzuschulden, nachdem sie im April 02 Default erklärt hatte. Unmittelbar hat Telecom Aufträge für US\$ 10 Mio. an Pirelli u.a. für mehraderige Kupferkabel im Rahmen des als „Kauft argentinische Arbeit“ bekannten Gesetzes erteilt.

\*\*\*

Die französische Suez und die spanische Aguas de Barcelona haben am Montag ihren Rückzug vom provinziellen Wasserversorgungsunternehmen „Aguas de Santa Fé“ angekündigt, nachdem die Verhandlungen mit der Provinzregierung in eine Sackgasse geraten waren. Das Direktorium hat ein Exekutivkomitee mit der Aufgabe betraut, mit der Regierung von Santa Fe über die Beendigung des Konzessionsvertrages zu verhandeln. Am 16. März hatte die Firma der Provinzregierung ultimative Forderungen für die Fortsetzung des Dienstes gestellt, mit einer Frist bis zum 29. April, die inzwischen abgelaufen ist. Diese Entscheidung ist unabhängig von den Verhandlungen, die von den, von der gleichen Gruppe kontrollierten „Aguas Argentinas“ (Wasserver- und -entsorgung in Buenos Aires und Umgebung) und „Aguas Cordobesas“ geführt werden.

\*\*\*

Die Gewerkschaft SMATA, gelei-

tet von José Rodríguez, die die Belegschaft der Kfz-Fabriken vertritt, hat letzte Woche Streiks von einer Stunde je Schicht bei Daimler Chrysler, Ford, General Motors und Volkswagen eingeleitet, die zunehmen und am 11. Mai in einen Generalstreik münden sollen. Rodríguez begründete den Streik mit dem Scheitern der Lohnverhandlungen, bei denen er Zulagen von 35% bis 50% gefordert hatte, obwohl Löhne und Gehälter in dieser Industrie real nur noch knapp unter dem Stand vor der Abwertung lagen. Auf Antrag des Arbeitsministeriums hat die Gewerkschaft diese Massnahmen aufgehoben, wobei die Verhandlungen mit den Unternehmen wieder aufgenommen werden, um die Lohnstrukturen zu prüfen, mit der Auflage, dass die Konkurrenzfähigkeit der Industrie erhalten wird. Die Pause dauert bis zum 13. Mai

\*\*\*

Der Index der Arbeitsnachfrage, den die Universität Di Tella auf Grund von Zeitungsanzeigen ausarbeitet, weist im April eine Zunahme von 16,76% gegenüber März auf, liegt aber um 7,5% unter April 04. Die Nachfrage ist besonders bei akademischen Berufen und Fachleuten gestiegen.

\*\*\*

Die Exporte von Milchprodukten lagen im 1. Quartal mit 74.000 t für US\$ 147 Mio. mengenmässig um 46% und wertmässig um 58% über der gleichen Vorjahresperiode. Der Durchschnittspreis nahm um 11,5% zu, was u.a. auf einen höheren Anteil hochwertiger Produkte (der Anteil von Käse nahm von 15 auf 20% zu) zurückzuführen ist.

\*\*\*

Die ZB hat die Zinsen für passive Swap-Geschäfte von 3,25% auf 3,75% erhöht. Es handelt sich um die dritte Erhöhung in einem Jahr und die zweite innerhalb eines Monats. Dieser Satz wirkt als Referenz für die anderen Zinssätze des Bankensystems, die nach und nach auch erhöht werden müssen.

\*\*\*

Der Export von Zubehöriteilen der Kfz-Industrie stieg von US\$ 1,28 Mrd. 02 und US\$ 1,39 Mrd. 03 auf US\$ 1,8 Mrd. 04, womit er über den US\$ 1,51 Mrd. von 01 zu liegen kam.

\*\*\*

Die Provinz Entre Rios hat das provinzielle Energieunternehmen Edearsa rückverstaatlicht (das jetzt Enersa heisst), nachdem im Februar eine Ausschreibung zwecks Verkauf von 51% des Aktienpaketes Klasse A gescheitert ist. Am 8.4.96 hatte der gleiche Gouverneur, Jorge Busti (PJ), die Privatisierung des Un-

## PERSONALNACHRICHTEN

### Todesfälle

Eva María Gómez, geb. Lieber, am 30.4.  
José Faller, 85, am 2.5.

## KAUFE VERSCH. COMPRAS VARIAS

IVES compra adornos, cristalería, porcelanas, antigüedades, muebles, objetos varios, 4791-4287

## OECD-Staaten einigen sich über eine Zollsenkung für Agrarprodukte

Bei der Konferenz der OECD-Staaten, die letzten Woche in Paris tagte, wurde auch das Thema des Agrarhandels behandelt, das im Mittelpunkt der Verhandlungen der Welthandelsorganisation steht, die im November 2001 in Dauha, Emirat Katar, eingeleitet wurden. Dabei wurde ein wichtiger Fortschritt erzielt: 30 der wichtigsten 148 WHO-Mitglieder einigten sich über eine allgemeine Umwandlung der festen Zölle, die auf Mengeneinheiten bezogen sind, in solche, die in Prozenten auf den Wert der Ware ausgedrückt werden. Laut dem Regelwerk der WHO und auch des internationalen Amtes über Zollkooperation, mit Sitz in Brüssel, müssen Zölle in Prozenten auf den Wert ausgedrückt werden, wobei der Fakturawert gilt und dem einführenden Land die Beweislast zufällt, wenn die Werte beanstandet werden. Dennoch bestanden, besonders bei Agrarprodukten, in vielen Fällen Zollsätze, die in Dollar pro Mengeneinheit ausgedrückt wurden und wertmässig sehr hohe Zölle ergaben.

Der Übergang auf normale Wertzölle wird von einer Zollsenkung begleitet, da jedes Land mit der WHO einen Höchstzoll vereinbart hat, so dass die Zölle, die meistens weit über diesen liegen, entsprechend gesenkt werden müssen. Es handelt sich um einen wichtigen Fortschritt bei der Liberalisierung des internationalen Agrarhandels. Die sogenannten „Wirtschaftsentwicklungsrunde“ der WHO, die in Dauha eingeleitet wurde, war im September 2003 bei der Konferenz in Cancún, Mexiko, in eine Sackgasse geraten, als die Vertreter afrikanischer Staaten u.a. die Konferenz verliessen, nachdem die USA bei der Baumwollfrage nicht nachgeben wollten und der US-Handelsdelegierte Zoellick ihnen riet, auf andere Kulturen überzugehen, was zu recht als Hohn empfunden wurde. Denn die USA geben für Baumwollsubventionen jährlich US\$ 3 Mrd. aus, was fast so viel wie der Marktwert der Produktion ist. Brasilien hat inzwischen Klage bei der WHO gegen die USA eingereicht und in zwei Instanzen gewonnen.

Im Juli 2004 gab es bei einer neuen Zusammenkunft eine Annäherung der Positionen, nachdem die Industriestaaten bemerkt hatten, dass die ganze WHO zusammenbrechen könnte. Nach dieser OECD-Konferenz und zahlreichen Besprechungen ist jetzt der Weg für die Konferenz geebnet, die im Dezember in Hong Kong stattfinden soll. Gewiss fehlt noch viel für eine echte Liberalisierung des Agrarhandels, mit Abschaffung von Subventionen und Importhindernissen (hohen Zöllen, Kontingenten und pseudosanitären Restriktionen); aber jeder Schritt in die richtige Richtung ist von Bedeutung.

Wirtschaftsminister R. Lavagna hatte sich auch nach Paris begeben, wo er aktiv an der Konferenz teilnahm und bestimmt Gewicht hatte. Als ehemaliger Botschafter vor der EU und der WHO hat er sich eine tiefe Kenntnis der Problematik des Agrarhandels angeeignet, so dass er den Fall in Einzelheiten kennt. Obwohl diese Problematik dem Ausenministerium untersteht, besonders dem Sekretariat für internationale Wirtschaftsbeziehungen, versteht Lavagna hier eben viel mehr. Seine Reise zeigt, dass er die Bedeutung des Falles für Argentinien voll erkannt hat.

ternehmens Epeer verfügt. Zunächst übernahm die USA-Firma CMS das Unternehmen für US\$ 164 Mio. Im Dezember verkaufte sie es an die ebenfalls nordamerikanische PSEG für US\$ 200 Mio., plus Übernahme von Schulden von US\$ 80 Mio. 03 wurde das Unternehmen der Belegschaft über einen Treuhandfonds geschenkt, was vom provinziellen Aufsichtsamt beanstandet wurde. Im November 03 hat der radikale Gouverneur Sergio Montiel den Konzessionsvertrag aufgehoben und die Betreuung vorübergehend der Gewerkschaft übertragen. Einen Monat später übernahm die Belegschaft erneut die Kontrolle, wobei schon Busti wieder Gouverneur war. Im März 04 übernahm die Provinzregierung das Unternehmen, mit der Verpflichtung der Privatisierung, die jedoch gescheitert ist, angeblich weil die Schulden,

die inzwischen auf US\$ 102 Mio. angewachsen waren, als zu hoch erachtet wurden.

\*\*\*  
**Die Banco de Galicia hat die Ausgabe von Obligationen auf bis zu 5 Jahre für \$ 1 Mrd. angekündigt, deren Bedingungen noch vom Direktorium festgesetzt werden müssen.**

\*\*\*  
**Das Gericht, das mit dem Fall des Konkurses der Scotiabank-Quilmes betraut ist, hat die Beschlagnahme von \$ 11,3 Mio. verfügt, die auf ein Konto des ehemaligen Mutterhauses in Kanada bei der HSBC-Bank deponiert worden waren. Es handelte sich um eine Dividendenzahlung, die im November 01 erfolgt war, kurz vor dem Ausstieg der Bank of Nova Scotia.**

\*\*\*  
**Die Gewerkschaft der Alumini-**

**umfabrik Aluar, in Puerto Madryn, Chubut, hat einen Streik durchgeführt, der dem Unternehmen einen Schaden von \$ 20 Mio. verursacht hat. Schliesslich hat das Unternehmen eine Lohn- und Gehaltserhöhung von 28% zugestanden.**

\*\*\*  
**Das brasilianische Ministerium für Entwicklung, Industrie und Aussehen berichtet, dass die Exporte nach Argentinien im April mit \$ 764 Mio. um 50% über dem gleichen Vorjahresmonat lagen, während die Importe aus Argentinien mit \$ 514 Mio. um 34,2% zugenommen haben. Das Defizit zu Lasten Argentinien lag somit mit US\$ 250 Mio. um 97% über April 04. In 4 Monaten 05 sind die brasilianischen Lieferungen mit US\$ 2,80 Mrd. um 39,2% gestiegen, während die Käufe aus Argentinien mit US\$ 1,90 Mrd. um 14,6% über dem Vorjahr lagen.**

\*\*\*  
**Die Regierung hat beschlossen, die Subventionen für die Eisenbahnunternehmen, die den Passagiertransport in der Bundeshauptstadt und Umgebung betreiben, zu erhöhen, um die erhöhten Kosten für Strom, Löhne und Gehälter auszugleichen, statt dass sie auf die Tarife abgewälzt werden. Diese Subventionen, die gegenwärtig insgesamt \$ 225 Mio. jährlich ausmachen, sollen auf etwa \$ 300 Mio. steigen.**

\*\*\*  
**Die Banken haben schon \$ 652,4 Mio. von den Vorschüssen (Redis-konten) zurückgezahlt, die sie 02 wegen der Krise erhalten haben, so dass der Saldo jetzt \$ 16,85 Mrd. ausmacht. Von den Zahlungen entfielen \$ 152,4 Mio. auf die Mai-Quote, \$ 259,2 Mio. auf Zahlungen im Rahmen der Ausschreibung vom 22. April und \$ 240,8 Mio. auf vorzeitige Rückzahlungen durch die Banco Hipotecario und Nuevo Banco Bisel.**

\*\*\*  
**Am Dienstag hat die ZB Lebac auf 42 Tage zu 4,80% untergebracht, leicht über dem Satz von 4,75% der Vorwoche. Für Lebac auf 3 Monate zahlte sie 5,65%, 15 Punkte mehr als eine Woche zuvor. Die ZB nahm nur Angebote für \$ 304 Mio. an, die etwa 60% des angebotenen Betrages darstellen.**

\*\*\*  
**Durch Mitteilung A 4345 der ZB wurde die Annahme der elektronischen und digitalen Unterschrift bei**

**Devisengeschäften verfügt, wobei jedoch vorher die entsprechende Eintragung erfolgen muss.**

\*\*\*  
**Industrieseekretär Miguel Peirano befürwortete Schutzmassnahmen gegen bestimmte Importe aus Brasilien. Er wies darauf hin, dass Regulierungsmechanismen fehlen. Seit einem Jahr fordert die argentinische Regierung von der brasilianischen die Einführung eines automatischen Systems, das die Einfuhren von bestimmten Produkten aus Merco-sur-Staaten einschränkt. Brasilien zieht jedoch sektorielle Abkommen zwischen Unternehmen vor.**

\*\*\*  
**Die Benotungsagentur Standard and Poor's hat die Einstufung Argentinien als „selektiver Default“, die schlechteste in ganz Lateinamerika, nicht geändert, weil Zweifel bestehen, ob die umgeschuldete Staats-schuld schliesslich bezahlt wird. Es bestünde ein hoher Grad an Ungewissheit über den Willen der Regierung, die Schuld zu zahlen, wobei die gesamte Staats-schuld, die 71% des BIP ausmache, sehr schwer wiege.**

\*\*\*  
**Der Verband der Kfz-Agenturen ACARA gab bekannt, dass im April 33.000 neue Kfz in das entsprechende Register eingetragen wurden, 47,2% mehr als im gleichen Vorjahresmonat. In 4 Monaten sind es somit 145.600 Kfz. Es handelt sich um die höchste Zahl seit den ersten 4 Monaten 1998.**

\*\*\*  
**Der Flughafenbetreiber „Aeropuertos Argentina 2000“ gab eine Erneuerung des Flughafens Ezeiza für \$ 600 Mio. bekannt, die im Juli beginnen soll. Eine Woche vorher wurden schon Erneuerungsarbeiten in Höhe von \$ 520 Mio. im städtischen Flugplatz Aeroparque bekanntgegeben, von denen der Konzessionär \$ 380 Mio. trägt.**

\*\*\*  
**Das Planungsministerium hat dem Industrieverband von Córdoba Gaslieferungen von 300.000 bis 500.000 cbm zusätzlich gesichert. Als Ausgleich wird das Wärmekraftwerk Gecor, das in Córdoba tätig ist, von Gas auf Heizöl übergehen.**

\*\*\*  
**Die Haushaltskommission der Deputiertenkammer hat das vom Senat einstimmig genehmigte Gesetzesprojekt über Förderung des Die-**



CD Rom / Touch-Screen  
 Web / Video Digital  
 3D / Animaciones  
**(5411)4703-5509**  
[www.multimedia.com.ar](http://www.multimedia.com.ar)

selbstreibstoffs aus pflanzlichen Ölen, genannt Biodiesel, auf Antrag des Wirtschaftsministeriums gebremst. Dieser Treibstoff lässt sich nur vermarkten, wenn die Brennstoffsteuer erlassen wird. Das würde jedoch das Schtamt jährlich \$ 750 Mio. kosten.

\*\*\*

Die ZB hat durch Mitteilung A 4344 verfügt, dass Devisen, die bei der Übertragung von Fussballspielern u.a. Sportlern erhalten werden, ebenso wie Urheberrechte u.a. Konzepte, die bisher von der Devisenbewirtschaftung ausgenommen waren, ab jetzt gemäss den allgemein geltenden Bestimmungen abgerechnet, also binnen 30 Tagen in Pesos umgewandelt werden müssen.

\*\*\*

Kabinettschef Alberto Fernández vereinbarte mit 25 Gewerkschaften der Staatsverwaltung die Einberufung für den 16. Mai einer resolutiven Verhandlung über die Erneuerung der Arbeitsabkommen. Die Gewerkschafter wiesen darauf hin, dass der Referenzpunkt die 28% sein würden, die die Beamten an ihrem realen Arbeitseinkommen nach der Abwertung von 02 verloren haben, was eine Gehaltserhöhung von 39% bedeuten würde. Ausserdem fordern sie die

festen Anstellung von etwa 18.000 vertraglich verpflichteten Beamten, die als solche keine Stabilität geniessen, also bei Ablauf des Vertrages entschädigungslos entlassen werden können.

\*\*\*

Die Unterstaatssekretärin für die Verteidigung des Konsumenten, Patricia Vaca Narvaja, kündigte für nächsten Dienstag die Aufstellung eines sogenannten solidarischen Warenkorb an, bestehend aus Reis, Speiseöl, Tee, Nudeln, Yerba Mate, Kakao, Seife, Zahnpasta, Toilettenpapier und Reinigungsprodukten („detergente“). Jedes Produkt werde einen Einzelpreis haben (der theoretisch niedriger als bei anderen gleichen Produkten sein soll), und der Konsument werde das Produkt kaufen, das er benötige. Die kleinen Selbstbedienungsläden und die Grossisten hätten der Initiative zugesagt; aber die Supermärkte und die Nahrungsmittelindustrie (vereint im Verband COPAL) sind dagegen, weil sie meinen, der Markt löse das Problem besser.

\*\*\*

Am Montag reist Finanzsekretär Guillermo Nielsen in Begleitung seiner Unterstaatssekretäre Leonardo Madcur und Sebastián Palla nach Washington, um die Verhandlungen mit dem IWF über ein neues Abkom-

men einzuleiten.

\*\*\*

Die Regierung konnte am Mittwoch Boden-Bonds mit Verfall 2014 für eine Milliarden Pesos unterbringen. Bei der Ausschreibung gab es Offerte für \$ 2,16 Mrd., so dass die Regierung einen Schnittpunkt festsetzen konnte, der einen Zinssatz von 6,51% jährlich plus Wertberichtigung mit dem CER-Index ergibt. Die lokalen Banken zeigten grosses Interesse. Die Banken Nación, Rio, BBVA Francés, BankBoston, Deutsche Bank und HSBC zeichneten etwa 90% des Betrages. Die Rentenkassen (AFJP) konnten direkt nur wenig zeichnen, wegen der legalen Grenze für Staatspapiere in ihrem Portefeuille, haben jedoch über Banken auch diese neuen Bonds indirekt übernommen.

\*\*\*

Der Nationalstaat wird \$ 1,25 Mrd. der dieses Jahr fälligen \$ 2 Mrd. der Schuld der Provinz Buenos Aires gegenüber dem nationalen Treuhandfonds für die Entwicklung der Provinzen umschulden. Diese Schulden stammen aus einem Kredit, der zur vorzeitigen Rückzahlung der monetären Provinzbonds eingesetzt wurde. Bedingung für diese Umschuldung war die letztes Jahr erfolgte Annahme durch das Provinzparlament des Gesetzes über Fiskalverantwortung, das der Bedienung der provinziellen Schulden eine Höchstgrenze von 15% der laufenden Einnahmen ohne Überweisungen an die Gemeinden setzt.

\*\*\*

Ein Richter gab dem Antrag der Regierung der Provinz Buenos Aires statt, und ordnete die Öffnung der Banksafes säumiger Steuerzahler an, um den Inhalt zu beschlagnahmen. Voraussichtlich dürften diese Kassen jedoch schon geleert worden sein. Es handelt sich somit mehr um eine psychologische Massnahme, um den säumigen Steuerzahlern und Hinterziehern die notwendige Angst einzuflößen, damit sie ihren provinziellen Steuerpflichtigkeiten nachkommen.

\*\*\*

Durch Beschluss 61/05 des Sekretariates für Industrie, Handel und kleine und mittlere Unternehmen (Amtsblatt vom 5.05.05) wurde ein Nationales Register für Unternehmen geschaffen, die Software-Programme entwickeln und/oder betreiben, die die Vergünstigungen beantragen, die das Gesetz 25.922 und das Dekret 1594/04 vorsehen.

\*\*\*

Die Erdöl- und Gasreserven von Repsol-YPF in Argentinien sind seit Dezember 2001 um 28% zurückgegangen, weil die Förderung von 800 Mio. Fass nicht durch neue Lager ausgeglichen wurde.

\*\*\*

Die brasilianische Bierbrauerei AmBew (Marke Brahma) hat ihren Anteil am Kapital von Quinsa (Marke Quilmes) von 50,2% im März 04 durch Käufe auf dem Markt auf jetzt 54,8% erhöht. 02 haben die lokalen Aktionäre dem brasilianischen Unter-

nehmen eine Option zum Kauf des gesamten Kapitals bis 09 gegeben, über die noch verhandelt wird. Inzwischen hat AmBew mit der niederländischen Interbrew fusioniert und InBew gebildet, eines der weltweit grössten Unternehmens der Branche.

\*\*\*

Die Weinlieferungen an den Binnenmarkt lagen im März um 10,81% unter dem gleichen Vorjahresmonat. Im 1. Quartal beträgt der interanuelle Rückgang 13,47%.

\*\*\*

Der Generaldirektor der Getriebefabrik von Volkswagen in Córdoba, José Correa Rebelo, gab bekannt, dass die Firma vor habe, E 60 Mio. (US\$ 77,8 Mio.) zu investieren, um die Kapazität um 35% zu erweitern. Gegenwärtig produziert die Fabrik 2.540 Getriebe täglich.

\*\*\*

Im April wurden in Argentinien 27.593 Kfz. erzeugt, von denen 14.291 exportiert wurden. Die Lieferungen an Agenturen betragen 33.847 Einheiten. Gegenüber März stellen diese Zahlen Rückgänge von 1,3%, 5,6% und 3,4% dar, aber gegenüber April 04 fanden Zunahmen von 34,3%, 23,6% und 35,7% statt. In den ersten 4 Monaten lag die Produktion mit 89.955 Einheiten um 30,6% über dem Vorjahr, der Verkauf auf dem Binnenmarkt mit 127.940 Einheiten um 38,7% höher und der Export mit 49.236 Einheiten um 29,6% höher. Die Tendenz bestätigt die Prognose von mindestens 350.000 lokal verkauften Einheiten im ganzen Jahr 05.

\*\*\*

Manuel Sacerdote, Präsident der BankBoston, zieht sich nach 32jähriger Tätigkeit bei der Bank am 30. Juni zurück und wird durch den bisherigen Generaldirektor Jorge Ramírez ersetzt.

\*\*\*

Im März nahm die formelle Beschäftigung gemäss der Erhebung des Arbeitsministeriums um 1,4% gegenüber dem Vormonat und um 7,4% gegenüber dem Vorjahr zu. Während 30 aufeinander folgenden Monaten hat somit die Beschäftigung in der Privatwirtschaft zugenommen. Bei der Industrie betrug die Zunahme 0,9% gegenüber dem Vormonat und 8,2% gegenüber dem Vorjahr, beim Handel und den Dienstleistungen 1,2%, bzw. 6,7% und bei der Bauwirtschaft 5%, bzw. 15%. Arbeitsminister Tomada wies darauf hin, dass der Anteil der Schwarzarbeit leicht abgenommen habe. 60% der neu geschaffene Arbeitsplätze seien „weiss“. Obwohl zwischen Mai 02 und Dezember 04 2,5 Mio. neue Arbeitsplätze geschaffen worden seien, habe die Zunahmerate bedeutend abgenommen. Im 1. Quartal 04 betrug die interanuelle Zunahme 9,5% und im 1. Quartal 05 nur noch 5,9%. Die Schwarzarbeit umfasst gegenwärtig 2,8 Mio. Personen, fast 50% der gesamten im Privatsektor Beschäftigten. Diese Zahl schliesst jedoch die Hausangestellten nicht ein, die etwa eine Million ausmachen, von denen der

## HELADERAS Y FREEZERS

# KOH-I-NOOR

*Dynamic System*

**AHORRE ENERGIA**



Totalmente ecológica



Greenfreeze

- Primeras en toda América en incorporar la tecnología GREENFREEZE.
- 100 % ECOLOGICAS.
- No contribuyen al calentamiento global del planeta (efecto invernadero).
- No dañan la capa de ozono.
- Ahorran hasta un 25 % de energía.



Fabrica y Distribuye AUTOSAL S.A. con licencia de LIEBHERR-HAUSGERÄTE GMBH Alemania  
E. Echeverría 930 (I604ABB) Florida, Pcia. de BS. AS. - Tel: 4730-0011

grösste Teil schwarz arbeitet. Ebenfalls werden die Selbstständigen, die unregelmässig arbeiten (etwa 800.000) nicht eingeschlossen, bei denen ebenfalls der grösste Teil schwarz arbeitet.

\*\*\*

**Im 1. Quartal 05 wurden nach Angaben des Verbandes der Landmaschinenhersteller insgesamt Landmaschinen für \$ 499,7 Mio. in Argentinien verkauft, gegen \$ 584,8 Mio. in der gleichen Vorjahresperiode, \$ 269,4 Mio. im 1. Quartal 03 und \$ 41 Mio. in der gleichen Periode 02.**

\*\*\*

**Die Tarife der Schulgelder bei Privatschulen der Stadt Buenos Aires sind dieses Jahr gemäss Information der Kammern dieser Schulen zwischen 9,8% und 27% erhöht worden, was auf die von der Regierung verfügten Gehaltserhöhungen zurückgeführt wird.** Schulen, die vom Staat subventioniert werden (darunter an erster Stelle die katholischen, denen der Staat 100% der Lehrgelöhler bezahlt), hatten die geringsten Erhöhungen. Ein Beschluss der städtischen Direktion für die private Erziehung hat verfügt, dass die ab 1. März rückwirkende Erhöhung von 405 privaten Schulen, die subventioniert werden, nicht 9,8% übersteigen darf. Die Schulen ohne Subvention sind hingegen nicht reguliert.

\*\*\*

**Die Firma „Frio Industrias Argentinas S.A.“ (Fiasa), die zur cordobenser Gruppe Pemcor gehört, gab die Errichtung einer Fabrik für Chlor und Natron für US\$ 25 Mio. auf einem Gelände von 26 ha. in Villa Constitución bekannt, die in 2 Jahren in Betrieb genommen werden soll.**

\*\*\*

**Die ZB hat Massnahmen getroffen, durch die die Kosten der Banken gesenkt werden.** An erster Stelle handelt es sich darum, dass die monatlichen Sonderberichte, die 01 eingeführt wurden, um die Liquidität des Systems zu überwachen, aufgehoben werden. Dies war mit viel bürokratischer Arbeit verbunden. Die normale traditionelle Berichterstattung verbleibt.

\*\*\*

**Arbeitsminister Tomada bestätigte, dass das Projekt über die Reform der Arbeitsrisikoversicherung eine gemischte Deckung einführen will, bei der Unfälle und Arbeitskrankheiten sowohl durch die ART-Versicherungsgesellschaften wie durch richterliche Entscheide gedeckt werden, wies jedoch darauf hin, dass es sich vorerst nur um einen Entwurf für die Diskussion handle.** Das bestehende Gesetz hatte diese letzte Möglichkeit ausgeschlossen, was vom Obersten Gerichtshof seinerzeit bestätigt worden war. Doch der Gerichtshof hat unlängst in seiner neuen Zusammensetzung das Kriterium geändert und eine Klage vor Gericht zugelassen, womit seither eine Flut von Klagen eingereicht wurde. Der Industrieverband „Union Industrial Argentina“ hat in einem Schreiben an

den Minister energischen Protest gegen den Text des neuen Gesetzesprojektes erhoben, das im Endeffekt eine gewaltige Erhöhung der Versicherungsprämien mit sich bringt. Beanstandet wird besonders die zweideutige Klausel, durch die ein Arbeitnehmer die Option zwischen der Deckung durch eine ART oder einen zivilen Prozess aussprechen muss. So wie das Projekt verfasst ist, kann der Arbeitnehmer die Versicherungsschädigung kassieren und danach prozessieren. Dadurch wird das Grundprinzip des Systems zerstört. Ausserdem kritisiert die UIA die im Projekt vorgesehene Mitwirkung der Betriebsräte bei Fragen, die rein technisch behandelt werden sollten.

\*\*\*

**Ein Bericht des Wirtschaftsforschungsinstitutes IEERAL, der von der Stiftung „Fundación Mediterránea“ abhängt, hat ermittelt, dass die wirklich produktiven Investitionen („inversión sustancial“) im Jahr 04 nur 13,2% des BIP ausmachten, viel weniger als die 19,1%, die das INDEC als Investitionsrate angibt.** Von den Gesamtinvestitionen werden nur die 37% genommen, die auf Maschinen und Anlagen entfallen, sowie die 37,8%, die Bauten ohne Wohnungen darstellen. IEERAL weist ausserdem auf die Tatsache hin, dass die Preise der Investitionsgüter ab Januar 02 um 15% über den Durchschnittspreis der nationalen Produktion stiegen, wobei die Differenz bei Maschinen und Anlagen sogar auf 31% steigt. Somit liegt die reale Investitionsrate entsprechend niedriger.

\*\*\*

**Das Büro für Wirtschaftsstudien des Industriekretariates (Centro de Estudios para la Producción, CEP) hat ermittelt, dass im 4. Quartal 04 der Anteil der importierten Kapitalgüter an der Gesamtinvestition in Maschinen und Anlagen 51% erreicht hat, nachdem er 02 auf 28% gesunken war.** 1998 betrug der Koeffizient 54%. Der Anteil der lokal erzeugten Maschinen und Anlagen an den Gesamtinvestitionen stieg von 51% im Jahr 1998 auf 87% im 4. Quartal 04. Während die Kapitalgüterimporte 02 nur 14% der Gesamtimporte ausmachten, betrug der Anteil 04 24%. Im Durchschnitt der Jahre 1992/2001 wurden Maschinen und Anlagen für US\$ 5,65 Mrd. jährlich importiert. 04 waren es US\$ 5,38 Mrd. Davon entfielen 19% auf den Telefonbereich, besonders auf Zellulartelefone. 10% entfielen auf Maschinen für die Landwirtschaft, je 9% auf Computer und Flugzeuge und 8% auf Lkw.

\*\*\*

**Die Banco de la Provincia de Buenos Aires (BAPRO) hat den Immobilienagenturen Toribio Achával, Giménez Zapiola und Narváez den Auftrag gegeben, 34 Immobilien im Wert von etwa \$ 37 Mio. zu verkaufen.** Es handelt sich um Gebäude, die aus der Übernahme anderer Banken stammen, sowie aus nicht bezahlten Hypotheken.

\*\*\*

**Das angesehene Wirtschaftsforschungsinstitut FIEL schätzt die Zunahme des BIP für 05 auf 7,5%, bei einer Investitionsrate von 19,3%, 17% mehr als 04.**

\*\*\*

**Jean Martin Folz, Präsident von Peugeot-Citroen, erklärte, im Oktober werde die Fabrik in El Palomar in zwei statt nur einer Schicht arbeiten und zu diesem Zweck 400 Arbeitskräfte beschäftigen.** 04 erzeugte die Fabrik 47.864 Kfz (fast 20% der gesamten lokalen Fabrikation und 110% mehr als 03), angepeilt seien 100.000 Einheiten für 07.

\*\*\*

**Die Consulting-Firma Ecolatina (die von Minister Lavagna gegründet wurde) hat für das 1. Quartal eine interanuelle Konsumzunahme von 8% berechnet, und rechnet für das 2. Quartal mit 6%.** Löhne und Gehälter seien um 6% gestiegen, bei Preiszunahmen von 4%. Ausserdem habe der Konsumkredit zugenommen. Dennoch melden die wichtigsten Einzelhandelsverkaufsketten im 1. Quartal einen Umsatzrückgang.

\*\*\*

**Die zwei grossen Zigarettenunternehmen, Massalin Particulares (Philip Morris) und Nobleza-Piccardo (British Tobacco) haben 03 mit der Regierung ein Abkommen unterzeichnet, durch das sie sich zu einer bestimmten Summe an Steuerzahlungen verpflichteten, wobei zu diesem Zweck die Preise entsprechend erhöht wurden.** Das hat jedoch zu einem starken Umsatzrückgang geführt, so dass diese Industrie 04 um 5% zurückging, wobei im März 05 eine interanuelle Abnahme von 27% registriert wurde. Vertreter der Grossindustrie weisen jedoch darauf hin, dass die Produktion 04 in Wirklichkeit nur um 1% gesunken sei, während die verbleibenden 4% auf das Vordringen der schwarzen Verkäufe zurückzuführen sei. In der Provinz Buenos Aires sind sechs neue Fabriken entstanden. Auch wenn sie klein sind und wegen einer viel geringeren Automatisierung viel höhere reale Kosten haben, können sie beim hohen Preis und hohen schwarzen Verkäufen, also ohne die sehr hohe Zigarettensteuer, gut konkurrieren.

\*\*\*

**Die ZB teilt mit, dass sie in den nächsten Tagen insgesamt \$ 414 Mio. sterilisieren wird.** Von diesem Betrag entfallen \$ 261,2 Mio. auf die jüngste Ausschreibung für die vorzeitige Rückzahlung von Vorschüssen (genannt Rediskonte), die bestimmten Banken während der Krise von 02 gewährt worden waren. Der Rest entfällt auf Rückzahlungsquoten dieser Vorschüsse, zu denen sich die Banken

schon vorher verpflichtet hatten. Der Gesamtbetrag der Rediskonte ist jetzt von \$ 19,29 Mrd. um 11% auf \$ 17,04 Mrd. zurückgegangen. Von den 24 ursprünglichen Schuldnerbanken verbleiben jetzt nur noch 13.

\*\*\*

**Nach einer Studie der Stiftung „Fundación Mediterránea“, die deren Direktor Nadin Argañaraz durchgeführt hat, ist die Hinterziehungsrate bei der MwSt. von 53% 01 (die höchste Quote in 12 Jahren) auf 36% 04 gesunken (die niedrigste seit 1993).** Das ist jedoch einmal darauf zurückzuführen, dass die Importe gestiegen sind, wobei das Zollamt die Steuer direkt einbehält, mit einem Zusatz, der dann mit der MwSt. der nächsten Etappen verrechnet wird. Dann spielt auch der Umstand eine Rolle, dass der Umsatz von Gütern ohne Hinterziehung, wie Kfz, oder mit geringer Hinterziehung, wie Haushaltsapparate, viel stärker als das BIP gestiegen ist.

\*\*\*

**In den 7 Monaten, die bis zum 31.12.05 fehlen, sind Zahlungen von US\$ 12,74 Mrd. an Kapital und Zinsen fällig.** Davon entfallen US\$ 3,83 Mrd. auf den IWF, US\$ 1,20 Mrd. auf die Weltbank und US\$ 0,97 Mrd. auf die Interamerikanische Entwicklungsbank; dazu kommen US\$ 3,09 Mrd. an Boden-Staatspapieren, US\$ 1,65 Mrd. an garantierten Krediten an den Staat und US\$ 0,62 Mrd. an Bogar-Titeln. Schliesslich muss man noch Zinsen für US\$ 1,38 Mrd. addieren. Wenn es in den kommenden Monaten nicht zu einem Abkommen mit dem IWF kommt, werden diese Zahlungen Komplikationen für die Staatsfinanzen mit sich bringen. Mit Abkommen hingegen wird damit gerechnet, dass die Zahlungen an den IWF umgeschuldet werden und eventuell auch schon geleistete Zahlungen rückerstattet werden, und dass die Weltbank neue Kredite für mindestens den gleichen Betrag der Fälligkeiten freigibt.

\*\*\*

**Felisa Miceli, Präsidentin der Banco Nación, kündigte letzte Wochen die Ausschreibung für den Verkauf der Bank von Entre Rios (Bersa) an.** 02 hatte sich die französische Credit Agricole aus Argentinien zurückgezogen, wo sie die Banken Bersa, Bisel und Suquía betrieb, die dann von der Banco Nación verwaltet wurden. Suquía wurde letztes Jahr von der Gruppe Macro-Bansud übernommen. Nach Bersa verbleibt nur noch Bisel. Die Banco Nación hat ein Abkommen mit der Regierung von Entre Rios abgeschlossen, nach dem Bersa weiterhin Finanzagent der Provinz bleibt. Die Einzelheiten müssen jedoch vom Käufer der Bank ausgehandelt werden.

\*\*\*

## WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

### Gebremste Teuerung

Noch weit entfernt von einer echten Preisstabilität, die nur maximal 2% Jahresteuering duldet,

verzeichnete der Inflationsindex der Konsumentenpreise vom April laut Statistischem Amt (Indec)

eine Zunahme von 0,5% gegenüber März und 8,8% im Vergleich zu April 2004.

Präsident Kirchner frohlockte am Vortag der Ankündigung, dass die Inflation mit 0,5% im April im Griff sei und nahm abermals die Gelegenheit beim Schopfe, ungenannte politische Gegner zu verunglimpfen, die eine hohe Inflation vorweggenommen hätten. Offenbar benötigt Kirchner Feindbilder, ob echt oder erfunden, wenn er sachliche Tatbestände mitteilt.

Wirtschaftsminister Lavagna legte die Aprilteuerung in dem Sinn aus, dass die angepeilte Jahresinflation zwischen 7% und 10,5%, zuletzt 11% unter Einschluss der erwarteten Anhebung der Tarife öffentlicher Dienste, liegen würde. Die Zentralbank peilt bekanntlich 8% an. Der Inflationsschwung ab Dezember 2004 mit monatlich zwischen 0,5% und 1,5% hatte allerlei Erwartungen kommender Teuerungen beherzigt, nachdem letztere seit Mitte 1991 stets unter 0,5% im Monat gelegen hatten, ausgenommen die Folgen der Abwertung im ersten Halbjahr 2002.

Dass die Teuerung im April mit 0,5% ausgewiesen wurde, nachdem im Dezember 0,8%, im Januar 1,5%, im Februar 1,0% und im März abermals 1,5% verzeichnet worden waren, insgesamt nahezu 5% in fünf Monaten, erwartete man mit Bangen die Teuerung vom April. Vorerst konnte die Inflation gebremst werden. Eine echte Geldwertstabilität wurde jedoch mitnichten erreicht.

Der Warenkorb, Spanisch genannt „canasta básica“, verzeichnete im April einen unerwarteten Rückgang von 0,5%. Dieser Warenkorb bezieht sich hauptsächlich auf volkstümliche Nahrungsmittel. Rein statistisch bedeutet die Verbilligung des Warenkorbs, dass angenommene 90.000 Personen aus der Armut entlassen worden

sind, die nach diesem Index bemessen wird.

Sogenannte regulierte Preise, lies Tarife öffentlicher Dienste, blieben im April unverändert, wogegen Dienstleistungen, die mit Unterhaltung und Tourismus in Verbindung stehen, nach der Sommersaison leichte Abnahmen auswiesen. Die Erziehungskosten, meistens Gebühren privater Schulen, waren vorher gestiegen, wogegen Kleidung wie alljährlich saisonal teurer wurde. Die Preisabsprachen der Regierung mit einigen Verbandsleitern schwächten den Inflationsimpuls ab, der deutlich unterwegs war.

Die Grosshandelspreise vermehrten sich hingegen im April um 1,5%, gleich plus 3,6% seit Dezember 2004 und 10% seit April 2004. In dieser Sparte wirkte sich die Verteuerung des Erdöls aus. Noch mehr nahmen die Baukosten um 2,1% zu, gleich 8,1% seit Dezember und 13,3% seit April 2004, worin massive Lohnzulagen inbegriffen sind.

Dass die Grosshandelspreise den Konsumentenpreisen davon laufen, ist entschieden ein schlechtes Zeichen für die kommende Inflation, weil Kleinhandelspreise stets mit Verspätung die Kosten des Grosshandels aufnehmen. Indessen sind in Argentinien die massiven Lohnzulagen wie sie neuerdings nahezu täglich in Gröszenordnungen von 30% und mehr berichtet werden, erfahrungsgemäss die gefährlichsten Inflationstreiber. Alle Lohnzulagen, die über die Zunahme der Arbeitsproduktivität hinaus gehen, färben über kurz oder lang auf die Preise ab. Die gewaltige Abwertung mit Pesifizierung von Anfang 2002 hatte bewusst die Löhne, Gehälter und Renten viel weniger angehoben als die Export- und Importprodukte, die sich wiederum auf die Grosshandelspreise auswirkten. Die jüngste Lohnwelle zielt dar-

auf ab, den Kaufkraftverlust ab 2002 wieder einzuholen, so dass sich gelegentlich wieder eine nominelle Abwertung des Peso aufdrängt, wenn die Regierung den realen Wechselkurs des Peso mit dem US-Dollar stabil halten will,

## Hohe Fiskaleinnahmen im April

Die gesamten Einnahmen des Nationalstaates an Steuern, Sozialabgaben, Zöllen und Gebühren lagen im April mit \$ 9,28 Mrd. um 31,8% über dem gleichen Monat des Vorjahres und um 11,1% über dem Vormonat. Im 1. Quartal lagen die Einnahmen mit \$ 34,69 Mrd. um 27,7% über dem Vorjahr, \$ 3 Mrd. über dem Plansoll. Schatzsekretär Carlos Mosse erklärte, für die ersten 4 Monate 2005 könne jetzt mit einem Überschuss bei den Staatsfinanzen von rund \$ 6 Mrd. gerechnet werden, was 40% der im Haushaltsgesetz für ganz 2005 vorgesehenen \$ 14,6 Mrd. darstelle.

Der Erlös der Gewinnsteuer lag mit \$ 1,95 Mrd. um 66,4% über dem Vorjahr, was auf die gute Konjunktur des letzten Jahres zurückzuführen ist, die allgemein höhere Gewinne mit sich gebracht hat. Dabei spielt auch die kalte Erhöhung der progressiven Skala bei natürlichen Personen eine Rolle, die dadurch herbeigeführt wurde, dass die Stufen und Prozentsätze von 2001 beibehalten wurden, obwohl seither eine Inflation eingetreten ist, die gemessen am Index der Konsumentenpreise über 50% ausmacht. Der Anteil der Gewinnsteuer am gesamten Steuererlös hat somit im April schon 21% erreicht, nachdem er vor nicht langer Zeit um die 10% lag.

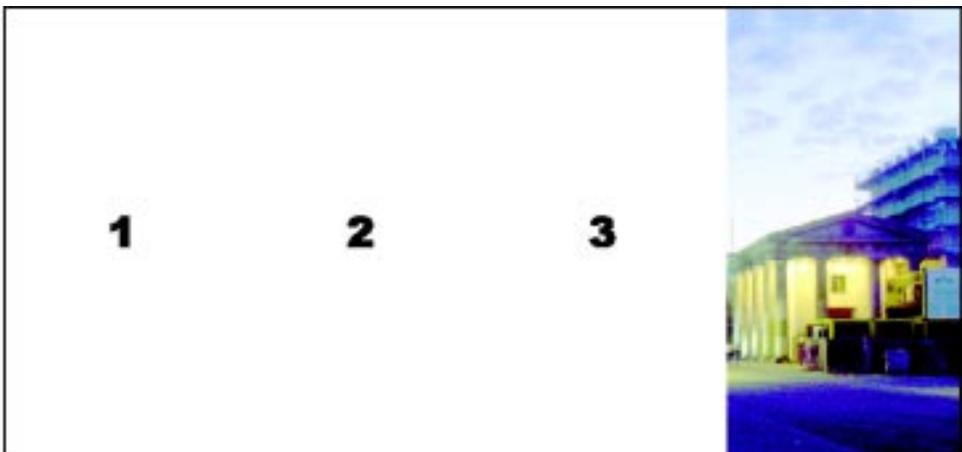
Der Nettoerlös der MwSt. lag mit \$ 3 Mrd. um 30,6% über dem Vorjahr und um 9,7% über März. Dabei stieg die direkt vom Steueramt eingenommene Steuer im interanuellen Vergleich um 23,4%,

wie sie es als volkswirtschaftliches Ziel predigt. Insofern steht und fällt eine gebremste Inflation wie im April mit den massiven Lohnzulagen, über die gegenwärtig Regierung, Verbandsleiter und Gewerkschafter emsig verhandeln.

während die von Zollamt einbehaltenen Steuer um 40,3% höher lag, und die Rückgaben der MwSt. an Exporteure um 18,5% zunahm. Die MwSt. steigt stärker als das BIP zu laufenden Preisen, weil das Wirtschaftswachstum in überproportionalen Zunahmen bei Verkäufen von Kfz., Haushaltsgeräten u.a. Produkten zum Ausdruck kommt, bei denen es entweder keine Hinterziehung gibt (wie bei Kfz, die ohne MwSt-Zahlung nicht registriert werden können) oder eine viel geringere als bei frischen Lebensmitteln u.a. Produkten und Dienstleistungen. Wenn Wirtschaftler jetzt berechnen, dass die Hinterziehung bei der MwSt. auf unter 40% des theoretischen Betrages gesunken ist, so bedeutet das nicht, dass das Steueramt gute Arbeit geleistet hat, sondern nur, dass das Gewicht derjenigen Güter, die die Steuer zahlen oder nur wenig hinterziehen, zugenommen hat.

Der Erlös der Exportsteuer lag mit \$ 1,22 Mrd. um 18,3% über dem Vorjahr und um 25,7% über dem Vormonat. Letzteres deutet auf einen Exportsprung im April hin, vornehmlich bei Getreide und Ölsaaten, wobei auch der höhere Erdölpreis sich stark auswirkt, da die Steuer in diesem Fall progressiv ist und bei hohen Preisen fast die gesamte Zunahme erfasst.

Die Steuer auf Giro- und Sparkontenbewegungen lag mit einem Erlös von \$ 750,8 Mio. um 31,3% über dem Vorjahr und um 3,7% über dem Vormonat. Hier spiegelt sich die gute Konjunktur und Li-



### Wettbewerb

## Argentinisches Tageblatt

**Sammeln Sie die vier Fotoausschnitte, beantworten Sie die Frage und nehmen Sie an der Verlosung von zwei Lufthansa-Flugtickets nach Europa teil!**

Im Mai erscheint jede Woche im **Argentinischen Tageblatt** ein Fotoausschnitt. Setzen Sie das Foto zusammen, beantworten Sie welche deutsche Stadt es darstellt und schicken Sie beides mit Ihren persönlichen Daten vor dem 6. Juni an das **Argentinische Tageblatt**, Carlos Pellegrini 961, 3er. Piso, C 1009 ABS Ciudad de Buenos Aires. Sie können auch über unsere Homepage [www.tageblatt.com.ar](http://www.tageblatt.com.ar) teilnehmen und uns das Formular per E-Mail schicken.

Teilnehmen können alle volljährige Personen mit Wohnsitz in Argentinien (Begleitperson frei). Mehrfacheinsendungen werden nicht berücksichtigt. Der Gewinn beinhaltet zwei Hin- und Rückflugtickets zu Lufthansa-Zielorten in Europa. Die Verlosung findet am Montag, dem 6. Juni, unter notarieller Aufsicht statt.



quidität wider, wobei der Einfluss der Steuer, die angeblich den Übergang zum Barverkehr fördert, nicht bemerkbar ist. Nun ist es so, dass Unternehmen einer gewissen Grösse kaum auf Barzahlung übergehen können, und dass Personen, die über Zahl- oder Kreditkarten zahlen, dabei eine Rückgabe von 5 bzw. 3 Punkten der MwSt. erhalten, was mehr ist, als die sogenannte Schecksteuer kostet.

Diese beiden Steuern, die als verzerrend bezeichnet werden, machen im April 13,7% der Gesamteinnahmen aus. Letztes Jahren war es rund 20%. Lavagna hat sich gegenüber dem IWF zwar verpflichtet, die Steuer auf Giro- und Sparkontenbelastungen abzuschaf-

## Die Diskussion um die Hilton-Rindfleischquote

Die Aufteilung der sogenannten Hilton-Rindfleischquote von 28.000 t, die die Europäische Union Argentinien jährlich gewährt, ist in eine Sackgasse geraten. Da bei diesen Importen ein niedriger Zollsatz gilt, während dieser bei normalen Exporten nach der EU über 100% liegt, besteht eine Preisdifferenz von eins zu drei oder vier. Das führt dazu, dass die Aufteilung der Quote unter der für den Exporten nach der EU bewilligten Schlachthäusern ein stark umstrittenes Thema ist. Im Prinzip erfolgte die Aufteilung nach den Gesamtexporten der letzten Jahre, wobei das Ergebnis je nach den Jahren, die dabei berücksichtigt werden, unterschiedlich ist. Gelegentlich wurde noch berücksichtigt, ob verarbeitetes Fleisch exportiert wurde oder nicht. Dann wurden regionale Kriterien eingefügt und den Landwirten direkt Quoten erteilt. Seit Bestehen dieser Quote, wurde der Verteilungsschlüssel 14 Mal geändert. Im Wesen ist dies alles willkürlich.

In den letzten Jahren haben Unternehmen, die sich bei der Zuteilung als ungerecht behandelt und geschädigt betrachtet haben, Klage vor Gericht eingereicht. Die Richter haben sich der Sache angenommen, obwohl sie nicht ju-

den, dürfte diese Entscheidung jedoch hinausschieben, nachdem die Zahlen den verzerrenden und schädlichen Einfluss dieser Steuer nicht nachweisen. Was die Exportsteuern betrifft, so gibt Lavagna zwar gegenüber Landwirten u.a. zu, dass es keine gute Steuer ist, ist jedoch nicht bereit sie abzuschaffen. Denn für ihn haben die Einnahmen Priorität.

Von den gesamten Einnahmen gingen \$ 5,64 Mrd. an den Nationalstaat, \$ 2,17 Mrd. an die Gliedstaaten, \$ 1,15 Mrd. an das System der sozialen Sicherheit und \$ 325,1 Mio. an „nicht budgetäre“ Ausgaben, unter denen man sich kaum etwas Konkretes vorstellen kann.

diziabel ist, und dabei dann Urteile gefällt, in denen sie bestimmten Unternehmen eine gewisse Tonnage der Hilton-Quote zugeteilt haben. Das ging so weit, dass 2004 fast 40% der 28.000 t von Richtern verteilt wurden, was dann zu neuen Prozessen derjenigen führt, die dabei geschädigt werden. Die Richter haben das ganze Verteilungssystem somit ad absurdum geführt.

Bei dieser Verteilung der Quote kommt man in Argentinien nicht um den Verdacht herum, dass dabei auch Schmiergelder fliessen. Auch bei den Richtern kann man in dieser Beziehung nicht ganz sicher sein. Auf alle Fälle ist die Versuchung gross, denn der Überpreis bei Exporten im Rahmen der Hilton-Quote macht insgesamt an die US\$ 100 Mio. aus. Wenn somit der Verteilungsschlüssel leicht geändert wird und ein Unternehmen etwas mehr erhält, so macht das leicht einige Millionen Dollar aus. Wenn man die Korruption ernsthaft bekämpfen will, dann muss man Systeme abschaffen, die sie erlauben und sogar fördern.

Die Lösung ist die Ausschreibung oder die Auktion. Dann würden die Interessenten einen Preis für die Exportquoten zahlen, und

dann könnte der Fall nur vor Gericht gebracht werden, wenn ein Unternehmen unrechtmässig ausgeschlossen wurde. Das eingenommene Geld könnte in einen Fonds gehen, der für Förderung der Exporte ausserhalb der Hilton-Quote, für Förderung der Rinderwirtschaft oder als Ersatz für die Gebühren bestimmt wird, die das Sanitätsamt Senasa erhebt. Irgend eine dieser Verwendungen wäre zweckmässiger und gerechter als das bestehende System

Jetzt hat die Vorsitzende der Landwirtschaftskommission der Deputiertenkammer, María del Carmen Alarcón, ein Ausschreibungssystem befürwortet. Sie muss sich dabei noch in der Kammer durchsetzen, was nicht so einfach ist, umso mehr, als das Landwirtschaftssekretariat prinzipiell dagegen ist, unabhängig vom Staatssekretär, und die Regierung soeben ein Gesetzesprojekt eingebracht hat, in dem sie auf einer mehr oder weniger willkürlichen Aufteilung beharrt. Um Prozesse zu vermeiden, bestimmt das Gesetz, dass Klagen nur bei der Bundesjustiz eingereicht werden können, von der die Regierung ein vernünftigeres Verhalten hofft, als von den anderen Richtern. Das sieht jedoch nach Wunschenken aus.

Die Beamten des Landwirtschaftssekretariates pflegen die Opposition gegen die Ausschreibung oder die Auktion in der Gefahr einer starken Konzentration der Einzelquoten zu begründen. Das lässt sich jedoch ohne Schwierigkeiten verhindern, indem Höchstanteile je Exportschlachthof bestimmt werden. Die Landwirte ihrerseits sind, sofern sie sich mit dieser Problematik befassen, gegen eine Ausschreibung, weil sie meinen, dass dies eine neue verkappte Exportsteuer bedeute. Wenn der Erlös jedoch den Rinderproduzenten auf andere Weise zurückgegeben wird, ist dieses Argument hinfällig. Ausserdem meinen manche Landwirte, die von der Hilton-Quote begünstigten Exportschlachthäuser könnten dann einen höheren Preis für Rinder bezahlen. Das ist jedoch nicht

der Fall, da der Preis der Rinder von seiten der Nachfrage vorwiegend durch die Schlachthäuser bestimmt wird, die den Binnenmarkt beliefern, der auf alle Fälle um die 80% der gesamten Rindfleischproduktion aufnimmt. Es gibt wirklich kein triftiges Argument gegen das marktwirtschaftliche System der Ausschreibung oder der Auktion.

Das Thema wird gegenwärtig noch dadurch aktuell, dass mit der EU über eine teilweise Umwandlung der aus Argentinien (und den anderen Mercosur-Staaten) ausserhalb der Hilton-Quote importierten Rindfleischmenge in einen Import mit niedrigem Zoll und Kontingent verhandelt wird. Das bestehende EU-System, das in der Nachkriegszeit eingeführt wurde, verstösst gegen die WHO-Bestimmungen und ist prinzipiell absurd. Denn dabei wird bestimmt, dass der Zollsatz stets als Differenz zwischen einem internen Referenzpreis und dem Importpreis berechnet wird. Wenn der ausländische Lieferant den Preis somit senkt, dann steigt der Zoll automatisch. Bei diesem System importiert die EU nur, wenn der Marktpreis über dem Referenzpreis liegt, also wenn Knappheit besteht.

Ob innerhalb der Verhandlungen Mercosur-EU, ob bei den Verhandlungen innerhalb der Dauharrunde der WHO, ob durch direkte Verhandlungen Argentinien mit der EU oder durch Klagen bei der WHO, Tatsache ist, dass die EU ihr Importsystem nicht ewig wird beibehalten können. Die Alternative der Umwandlung in eine Quote mit niedrigem Zoll ist daher ein annehmbarer Kompromiss, da dabei die gleiche Fleischmenge importiert wird, nur der Fiskus der EU-Staaten auf diese Sondererinnahme verzichtet, die eine Aggression gegenüber Staaten wie Argentinien darstellt. Das könnte für Argentinien bis zu 100.000 t zusätzlich zu den 28.000 t der Hilton-Quote darstellen. Dabei würde sich intern dann das Aufteilungsproblem in erhöhtem Umfang stellen.